

José Díez-Alegría

Manipulation und Freiheit in der Kirche

Am 17. Februar 1950 hat Pius XII. in einer hochwichtigen Ansprache an den Internationalen Katholischen Pressekongreß erklärt: «Die öffentliche Meinung ist die Mitgift jeder normalen Gesellschaft, die sich aus Menschen zusammensetzt, welche sich, ihres persönlichen und gesellschaftlichen Verhaltens bewußt, innig mit der Gemeinschaft, deren Mitglieder sie sind, verbunden fühlen. Sie ist überall das natürliche Echo und der mehr oder weniger spontane gemeinsame Widerhall, den die Ereignisse und die aktuelle Situation in ihrem Geist und in ihrer Urteilskraft finden.» Darauf gestützt verurteilte Pius XII. in deutlicher Anspielung an die totalitären Regimes und die Diktaturen «den Fall ..., wo die öffentliche Meinung in einer Welt schweigt, aus der die gerechte Freiheit verbannt ist, und wo nur die Meinung der an der Macht befindlichen Parteien, die Meinung der Führer oder der Diktatoren, ihre Stimme hören lassen darf. Die Stimme der Bürger auf ein erzwungenes Stillschweigen zu reduzieren, ist in den Augen aller Christen ein Attentat auf das natürliche Recht des Menschen, eine Verletzung der Weltordnung, die Gott eingerichtet hat.» Zum Schluß seiner Ansprache äußerte sich der Papst über die Funktion der öffentlichen Meinung in der Kirche: «Zum Schluß wollen wir noch ein Wort über die öffentliche Meinung im Schoß der Kirche (natürlich in den Dingen, die der freien Diskussion überlassen sind) hinzufügen. Das braucht die nicht zu verwundern, die die katholische Kirche nicht oder nur schlecht kennen. Denn schließlich ist auch sie eine lebendige Körperschaft, und es würde etwas in ihrem Leben fehlen, wenn in ihr die öffentliche Meinung fehlte – ein Fehlen, für das die Schuld auf die Hirten sowohl wie die Gläubigen zurückfiele.»¹

Die zuletzt zitierten Worte können irgendwie als prophetisch angesehen werden. Sie bilden eher den Niederschlag dessen, was Papst Pius XII. über das, was die Kirche zu sein hat, dachte, als eine Beschreibung dessen, was die Kirche im Jahre 1950 in Wirklichkeit war. Man kann sich heute fragen, ob Pius XII. den Kreis der «Dinge

die der freien Diskussion überlassen sind», nicht allzueng zog. Schwerer wiegt jedoch der Umstand, daß in den fünfziger Jahren sowohl bei den Laien als auch bei den Klerikern praktisch sozusagen keine öffentliche Meinung bestand. Obschon diesbezüglich bei der Kirche nicht genau die gleiche Lage bestand, wie bei den totalitären oder diktatorischen staatlichen Regimes, läßt sich doch mit einiger Berechtigung behaupten, daß in der Kirche bloß die Ansicht der führenden Leute sich zu Gehör bringen durfte. Mit dem Zweiten Vatikanum begann sich diese Lage zu ändern. Das Unverständnis, auf den der neue Kurs stößt, und der überlaute Alarm, den man gegen ihn erhebt, bestätigen jedoch, daß die Kirche es vorher nicht gewohnt war, in einer gesunden Atmosphäre öffentlicher Meinungsbildung zu leben. Die Tatsache, daß es in der vorkonziliaren Kirche an einer echten öffentlichen Meinung fehlte, weist uns darauf hin, daß diese Kirche nicht aus Gläubigen bestand, die sich «mit der Gemeinschaft, deren Mitglieder sie sind, innig verbunden fühlen».

Die vorkonziliare Kirche glied der soziologischen Struktur ihrer Geisteshaltung nach eher einer «Masse» als einer «Gemeinschaft». Zwar ist auch die «Masse» irgendwie Träger einer Form öffentlicher Meinung. Es handelt sich dabei jedoch nicht um eine echte öffentliche Meinung, sondern um das Ergebnis der für die Massenpsychologie bezeichnenden Reaktionen: emotionales Mitgerissenwerden, Potenzierung gleichlaufender Impulse und Annullierung von Divergenzen, Unmöglichkeit einer persönlichen Kritik.

Eine echte öffentliche Meinung setzt wohl einen kollektiven Meinungsbildungsprozeß voraus, fußt aber auf persönlichen Bewertungen, auf einem Meinungsaustausch, auf echter Selbstkritik in bezug auf die Wirklichkeiten des Gesellschaftslebens. Diese Selbstkritik (im Rahmen vielfältiger Interkommunikation) ist von allen Gliedern vorzunehmen, die als Personen die menschliche Gemeinschaft konstituieren.

Das Bestehen einer echten öffentlichen Meinung in der Kirche setzt voraus, daß die Laien am Leben der Kirche nicht weniger aktiv, umfassend und kritisch mitbeteiligt sind als die Priester, da sonst das Gottesvolk wenigstens nach einer wichtigen, entscheidenden Seite hin auf das Niveau einer bloßen «Masse» hinabsinkt.

Heute kommt es in der Kirche zu einem Druck von seiten der Laien, die am Leben der Kirche voll mitbeteiligt sein wollen. Dieses Phänomen ist sehr positiv zu bewerten, da sich darin ein wesent-

licher, unerläßlicher Fortschritt der Kirche als «Gemeinschaft» und als «Volk» (Gottesvolk) ankündigt. Doch dieser Prozeß geht nur unter Schwierigkeiten vor sich, weil die Starrheit der überkommenen Strukturen diesem Verlebendigungsvorgang überaus starken Widerstand entgegensetzt.

Unter Schwierigkeiten und entgegen einer ganz anders geprägten Tradition übernahm die Kirche Hollands eine Pionierrolle in der aktiven, kritischen Eingliederung der Laien in das Leben der Kirche. Ein wichtiger Schritt war die am 1. November 1963 vollzogene Gründung eines Pastoralinstituts, das sich zum Ziele setzt, pastorale Entscheidungen der kirchlichen Autoritäten vorzubereiten und nach Prüfung des Urteils der Fachleute und der Ergebnisse des Studiums und der Forschung in dieser Richtung zu beraten. Die Bischöfe suchen «in der Kirche Hollands die notwendige Verbindung zwischen den höheren Leitungsinstanzen einerseits und den Priestern und den Gläubigen anderseits zu fördern».²

Im Jahre 1966 kam es im Prozeß der Verlebendigung der öffentlichen Meinung in der Kirche zu wichtigen Ereignissen: zu einem sehr negativen und zu einem sehr positiven Geschehnis. Das negative Ereignis bestand im Ausbruch des Konflikts zwischen Kardinal Florit und der Isolotto-Pfarrei in Florenz. Das positive Ereignis war die offizielle Eröffnung des Pastoralkonzils der Holländischen Kirchenprovinz, die am 27. November stattfand. Das Holländische Pastoralkonzil ist der positivste Fortschritt, der bis jetzt auf dem Weg des Dialogs und der Mitbeteiligung auch der Laien in der Kirche vor sich gegangen ist. Es bedarf hier keiner ausführlichen Kommentare.

Der Fall von Isolotto ist ein schreckliches Beispiel für die dem Dialog entgegenstehenden Hindernisse, die sich aus der Starrheit der überkommenen Strukturen und aus einem gewissen traditionellen Vorgehen ergeben können. Im Juni 1966 äußerten einige Laien des Isolotto kritische Bemerkungen über die von den «comitati civici» gemachte Wahlpropaganda, die sich auf die Pfarrestrukturen der Kirche stützte. Kardinal Florit forderte den Pfarrer des Isolotto unter Drohungen auf, die Gläubigen seiner Pfarrei öffentlich zu desavouieren.³ Dies erscheint als sehr schwerwiegend, wenn man bedenkt, daß die Isolottogemeinde eine der wenigen Pfarreien war, denen es gelang, eine wirkliche kirchliche Gemeinschaft zu schaffen. Im September des gleichen Jahres ließ sich der Kardinal nicht zu einer Unterredung herbei, die eine Gruppe von Gläubigen des Iso-

lotto mit ihm halten wollte, und er antwortete auf einen von mehr als fünfhundert Gläubigen unterzeichneten Brief nicht.⁴

Das Jahr 1967 brachte ein kirchliches Ereignis, das für einen Fortschritt in Richtung auf die «Gemeinschaft» des Gottesvolkes sehr wichtig ist: den Dritten Weltkongreß für das Laienapostolat (der vom 11.–18. Oktober zu Rom stattfand). In einer Ansprache anläßlich der Messe vom 16. Oktober warnte Papst Paul VI. vor dem Gedanken, «inskünftig zwei parallele Hierarchien (eine Hierarchie der Laien und eine solche der Bischöfe) zuzulassen, als ob zwei nebeneinanderbestehende Organismen das immense Werk der Heiligung und Rettung der Welt besser zu gewährleisten vermöchten». Was die Laien am Kongreß anstrebten, war jedoch nicht die Schaffung einer Doppelhierarchie, sondern zweckmäßige Instrumente, um den Dialog auf allen Ebenen zu führen und die Laien an einem gründlicheren Beratungs- und Informationsprozeß mitzubeteiligen, der die Entscheidung effektiv beeinflusst. Dies setzt voraus, daß die Instrumente, durch welche die Laien im Dialog präsent sind, unabhängig und voll repräsentativ sind. Es ist als negativ zu bewerten, daß diese Vorschläge der Laien bei der Hierarchie auf solches Mißtrauen stießen. Ich führe hier das Memorandum an, das am 15. Oktober 1967 von der Versammlung der Chefdelegierten des Kongresses approbiert und am 17. Oktober den Teilnehmern der Bischofssynode unterbreitet wurde:

«Viele Laien wünschen heute lebhaft, sich an der Ausarbeitung der Richtlinien zu beteiligen und an den mit der Sendung der Kirche gegebenen Verantwortlichkeiten wirklich teilzuhaben. Um dies zu erreichen, sind die notwendigen Kommunikationswege vorzusehen, welche die Abwicklung eines gründlicheren Beratungs- und Informationsprozesses ermöglichen. Dadurch wird das Leben der Kirche bereichert und ihre Funktion gegenüber der Welt effizienter werden. Die wünschbare beiderseitige Beteiligung wird sich an gewisse unerläßliche Bedingungen halten müssen:

- auf den verschiedenen Organisationsstufen der Kirche sollten repräsentative Strukturen geschaffen werden, wie sie beispielsweise in einigen Ländern bereits im Entstehen begriffen sind, während andere Länder sie noch nicht aufweisen;

- durch diese Strukturen würde sich die Stimme des Episkopates und der Laienschaft geltend machen, was den Wert der gemeinsamen Arbeit vermehren würde;

– die Laien würden auf dem Weg der Wahl in diese Strukturen abgeordnet;

– diese Strukturen sollten den verschiedenen Ländern entsprechend verschieden sein; sie sollten aber auf jeden Fall eine möglichst große Wirksamkeit besitzen und zunächst die Arbeit der bereits bestehenden Strukturen fördern;

– alle diese Strukturen sollten vom Geist totaler und loyaler Offenheit und von gegenseitigem Vertrauen beseelt sein;

– sie könnten erst zu voller Wirksamkeit gelangen, wenn ihnen konkrete Erfahrungen vorausgehen, die notwendigerweise in Form von Versuchen gewonnen werden müssen, weshalb sie als Experimente eingeführt werden sollten;

– diese Organismen sollten sich mit den Fragen befassen, die sich heute in Kirche und Welt stellen – und die den Keim der Zukunft in sich tragen –, und nicht sosehr mit den Problemen der Vergangenheit.»⁵

Für die Schwierigkeiten, die sich der Existenz einer echten öffentlichen Meinung in der Kirche entgegenstellen, ist eine neue Episode des Konflikts zwischen Kardinal Florit und der Gemeinde von Isolotto bezeichnend. Sie ging im September 1968 vor sich. Am 14. September hielt eine Gruppe junger Leute in friedlicher Kontestation die Kathedrale von Parma besetzt, um über die Armut, den Platz der Laien in der Kirche, das autoritäre Gebaren der Hierarchie, die Bindung der Kirche an die etablierte wirtschaftliche und politische Gewalt zu diskutieren. Die jungen Leute wurden von der Polizei, die um Eingreifen ersucht worden war, aus der Kirche vertrieben. Am 22. September bereitete die Gemeinde des Isolotto einen Brief vor, worin sie sich mit den jungen Christen von Parma solidarisch erklärte. Die Erklärung zog den guten Glauben der betreffenden Personen nicht in Zweifel, protestierte aber dagegen, daß die Kirche mit den oppressiven Strukturen Kompromisse eingeht und sich nicht der Lage der Armen und Unterdrückten annimmt. In der Erklärung äußerten die Unterzeichner ihre Enttäuschung über die Haltung des Papstes und des Bischofs von Parma, die die Tat der jungen Christen streng mißbilligt hatten. Die Erklärung wurde von hundertfünfzig Personen, u. a. auch vom Pfarrer, unterzeichnet. Am 30. September schrieb Kardinal Florit an den Pfarrer und forderte ihn auf, entweder sich von der Erklärung zu distanzieren oder dann sein Amt als Pfarrer niederzulegen.⁶

In den Jahren 1968/69 hielt das Bistum Hildesheim eine Diözesansynode ab. Es fanden drei

Sessionen statt: die erste vom 13. bis 17. Mai 1968, die zweite vom 5. bis 9. Mai 1969 und die dritte vom 17. bis zum 19. November 1969. Obwohl man sich mit der Vorbereitung auf die Synode nicht wenig Mühe gemacht hatte, war die Beteiligung des Kirchenvolkes nicht immer befriedigend. Man hatte auf eine systematische Befragung der Katholiken nach ihrer Meinung über die Beratungsgegenstände verzichtet. Die Diözesanverwaltung engte die Mitbeteiligung der Laien und deren spontane Meinungsäußerung ein.⁷

Die Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland richteten an den Klerus und die Gläubigen ein Pastoral Schreiben (das am 1. März 1970 verlesen wurde) über die (in Vorbereitung stehende) gemeinsame Synode der Diözesen der deutschen Bundesrepublik. Vom 3. bis 5. Januar 1971 hat in Würzburg eine konstituierende Sitzung stattgefunden. Eine Vollversammlung ist auf Ende 1972 vorgesehen. Im Bischofsbrief äußert sich das Bestreben nach einer effektiven Mitbeteiligung der Laien. Gleichzeitig läßt er aber auch die Schwierigkeiten ahnen sowie die Gefahr, daß der bürokratische Apparat die Spontaneität der Mitbeteiligung hemmen könnte.⁸

Diese Erfahrungen und Schwierigkeiten lassen uns die am Dritten Weltkongreß für das Laienapostolat gestellten Forderungen positiv bewerten. Es werden tiefgreifende Strukturänderungen nötig sein, damit in der Kirche ein echter Dialog möglich wird unter tatsächlicher, ernsthafter Mitarbeit der Laien. Keine Struktur wird jedoch gewährleisten können, daß die öffentliche Meinung in der Kirche lebendig bleibt, wenn nicht unterhalb der Strukturen die Spontangruppen blühen, die Bewegungen, die von der Basis ausgehen.

Die gegenwärtige Bewegung von Spontan- und Kontestationsgruppen ist deshalb an und für sich ein positives Element, obschon in konkreten Fällen sich Vorbehalte anbringen lassen.

Die Spontangruppen sind kirchliche Einheiten, die durch eine übereinstimmende Meinung miteinander verbunden und nicht in einen territorialen oder hierarchischen Rahmen eingespannt sind (sei es, daß sie weder der Initiative der Hierarchie entspringen noch um eine Approbation institutioneller Art von seiten der Hierarchie ersuchen, sei es, daß sie sich um die Hierarchie überhaupt nicht kümmern und sich zu einer Untergrundgemeinde konstituieren). Der innere Zusammenhang der Gruppen wird durch reale Bande funktionaler Identität erhalten. Man hat schon viele Gruppen

dieser Art in den Vereinigten Staaten, Frankreich und Chile erforscht. Auch in Italien, Spanien, Brasilien, Kolumbien usw. bestehen solche Gruppen.⁹

Eine Möglichkeitsbedingung echter öffentlicher Meinung in der Kirche besteht darin, daß es in dieser Spontangruppen – selbst sehr kritisch eingestellte – geben kann, die nicht gezwungen sind, sich in die Klandestinität zu flüchten, und daß der Stimme dieser Gruppen auf der Ebene der offiziellen, organisierten Strukturen der Kirche Gehör geschenkt wird.

Ein interessantes Experiment war das Colloquium, das am 7. März 1970 in Roeselare im Bistum Brügge (Belgien) stattgefunden hat und von der «Offenen Versammlung von Priestern und Laien von Westflandern» organisiert worden war.¹⁰ Der Gedanke, die «Offene Versammlung» zu gründen, tauchte am 27. Dezember 1968 anlässlich einer Zusammenkunft von Priestern verschiedenen Alters und verschiedener Herkunft auf, welche die Notwendigkeit empfanden, die dynamischen Kräfte, die an der Basis der Christengemeinden existieren, zu einer Gruppe zusammenzufassen. Man hatte dabei nicht die Absicht, eine Gruppe von Rebellen zu schaffen, sondern man wollte mit den Personen zusammenarbeiten, welche sich der Probleme, die sich heute im Leben der Welt und der Kirche stellen, bewußt sind. Es ging darum, die Mitverantwortung und Mitbeteiligung am Leben der Kirche furchtlos und im Geist der Freiheit zu fördern. Man suchte die sterile Isolierung zu sprengen.

Seit ihrem Beginn im Jahre 1969 übt die «Offene Versammlung von Laien und Priestern Westflanderns» ihre Tätigkeit sowohl in Ortsgruppen als auch in Vollversammlungen aus, die am 8. Februar, 19. April und 20. September 1969 stattgefunden haben.

Das «Colloquium» von Roeselare wollte weit über die «Offene Versammlung» hinaus eine Plattform sein, auf der alle Gruppen (Jugendgruppen, Diskussionsgruppen, soziale Organisationen, Familiengruppen, Pfarreiräte, Priestergruppen, Ortsgruppen der Offenen Versammlung) einander begegnen können. Das «Colloquium» sollte auch

Personen offenstehen, die zufällig, unabhängig von einer Gruppe, zu ihr hinzugestoßen waren.

Am Colloquium vom 7. März 1970 wurde das Endergebnis einer Umfrage vorgelegt und man diskutierte über Fragen des konkreten Vorgehens. Die Teilnehmer am Colloquium orientierten sich am Bild einer «Kirche, die auf den Füßen und nicht auf dem Kopf geht». Man betonte deshalb die Wichtigkeit der kleinen Gruppen. Die Gruppen haben die Funktion, für den Glauben zu zeugen; sie können an der Vorbereitung der Predigten mitarbeiten und mit dem diözesanen Pastoralrat in Verbindung stehen. Das Colloquium stellte fest, daß die bestehenden Pfarrestrukturen den Erfordernissen einer «Glaubensgemeinschaft» (die Kirche als gemeinsam gelebter Glaube) nicht entsprechen. Die kleinen Gruppen wären auch der geeignete Ort für ein engagiertes Christentum, das für den Dialog mit den «Nichtpraktizierenden» offen ist. Sie sollten sich nicht abschließen, sondern in Verbindung stehen mit der umfassenderen Gemeinschaft und dieser dienen. Dies setzt hinwieder voraus, daß die umfassendere Struktur ihre Perspektive ändert und für das, was von der Basis herkommt, aufnahmebereit ist. Was diesen Punkt betrifft, so betrachten viele die tatsächlichen Möglichkeiten der bestehenden Pfarrestruktur mit Pessimismus.

Ein anderer Punkt, der vom Colloquium von Roeselare hervorgehoben wurde, ist die Notwendigkeit, daß die Christengemeinde in Geisteseinheit über konkrete Probleme nachdenkt, worin es um Gerechtigkeit und Frieden geht, und dabei eine dem Evangelium entsprechende Haltung einnimmt. Daran fehlt es sehr. Hier kommt es stark auf die Mitarbeit der Laien an.

Der pastorale Dienst der Hierarchie und des Lehramtes muß so gestaltet werden, daß er sich mit der Freiheit, der Mitbeteiligung aller und der echten öffentlichen Meinung verträgt, die in der Kirche (in den Kirchen) existieren müssen, damit die Christengemeinde nicht eine «Masse» von Gläubigen ist, sondern ein «Volk Gottes». Es muß wieder eine Situation geschaffen werden, worin die «Institution» (mit ihren hierarchischen Elementen) im Dienst der «Gemeinde» steht.

¹ Herder-Korr. 4 (1949/50) 313–331 (die zitierten Stellen S. 313f; 316).

² Vgl. das Sammelwerk: Una Chiesa che rischia. Strutture sperimentali per una chiesa di popolo (Roma-Brescia 1969) 42 (Riskante Kerk. Vijf jaar Pastoraal Instituut van de Nederlandse kerkprovincie (Amersfoort 1969).

³ H.-D. Bastian (Hrg.), Experiment Isolotto (München-Mainz 1970) 34–37.

⁴ ebd. 31–33.

⁵ Vgl. Raymond Bréchet, Le troisième congrès mondial pour l'apostolat des laïcs: Etudes 327 (1967/2) 679–694.

⁶ Experiment Isolotto aaO. 87–93.

⁷ Vgl. Die Synoden in Hildesheim und Meissen: Herder-Korr. 24 (1971/1) 5–7.

⁸ Vgl. Der Bischofsbrief zur bundesdeutschen Synode: Herder-Korr. 24 (1970/4) 172–173.

⁹ Vgl. Rocco Caporale, *Il doloroso travaglio sotteraneo della nascita di una nuova chiesa: Le due Chiese* (IDOC-Mondadori 1969) 147-158.

¹⁰ Ich verdanke diese Informationen dem Informations- und Dokumentationszentrum IDOC, Roma, via S. Maria dell'anima 30.

Übersetzt von Dr. August Berz

JOSÉ DIEZ-ALEGRIA

geboren am 22. Oktober 1911 in Gijón (Spanien), Jesuit, 1943 zum Priester geweiht. Er ist Lizentiat der Theologie, Doktor der Philosophie und des Kanonischen Rechts, Professor für Sozialwissenschaften an der Päpstlichen Universität Gregoriana. Er veröffentlichte u. a.: *La libertad religiosa* (Barcelona 1965), *Actitudes cristianas ante los problemas sociales* (Barcelona 1967).

Franz Böckle August-Wilhelm von Eiff Das Experiment in der klinischen Forschung

Die Experimentalität gehört zu den hervorste-
chendsten Eigenschaften der modernen Wissen-
schaft und der darauf basierenden Technik. Sie
kennzeichnet auch weitgehend die moderne Medi-
zin. Für die methodisch-systematische Betreuung
kranker Menschen ist die Medizin zwar normativ
geprägt. In diesem normativen Rahmen bringt sie
aber immer mehr technische und biologische Ver-
fahren zur Anwendung. In letzter Zeit wurde der
technologische Organersatz sowohl durch Trans-
plantation von lebensfähigen Organen wie durch
Einbau von Kunstprothesen (künstliche Gefäße,
künstliche Gelenke, künstliche Regelsysteme)
vielfach diskutiert. Weniger sensationell, aber nicht
weniger bedeutungsvoll ist die Pharmakologie.
Da nur bei einem Teil der Krankheiten der ätio-
logisch-pathogenetische Prozeß bekannt ist,
kann nur ein Teil der heute durchgeführten Phar-
makotherapie als kausal angesprochen werden.
Bei vielen krankhaften Zuständen ist man noch auf
eine symptomatische Behandlung angewiesen.
Unabhängig jedoch davon, ob die Therapie als
kausal oder symptomatisch angesehen werden
muß, besteht die Notwendigkeit einer strengen
Prüfung der Pharmaka, und zwar im Hinblick auf
ihren therapeutischen Effekt wie auch auf ihre
Nebenwirkungen. Die schweren Fruchtschädi-
gungen, die vor einiger Zeit bei Einnahme von
Arzneimitteln durch schwangere Frauen beobach-
tet wurden, ließen die Weltöffentlichkeit aufhor-
chen. Die Arzneimittelprüfung fand das Interesse
aller. Soeben ist einer der größten Prozesse der
deutschen Nachkriegsgeschichte (Contergan-Pro-

zeß) zu Ende gegangen. Dabei erkannte man, daß
ein neues Mittel kaum genug nach allen Seiten hin
abgesichert werden kann.

Eine wirksame Prüfung ist aber wiederum nur
durch ausgedehnte experimentelle Versuchsreihen
möglich. Hier werden die Grenzen zwischen
Therapie und Experiment notwendig fließend.
Das fordert vom klinisch tätigen Arzt nicht nur
erprobte Methoden, sondern auch eine erhöhte
berufsethische Verantwortung (I.), von uns allen aber
eine entsprechende *sozialethische Einsicht* und Be-
reitschaft (II.).

I.

Die klinische Prüfung neuer Arzneimittel stellt
den Arzt vor ein doppeltes berufsethisches Postu-
lat: Er soll den Patienten soweit wie möglich vor
Schaden bewahren¹ und er soll zugleich dessen
freie Entscheidung und Mitwirkung sichern.²
Beim gleichzeitigen Verlangen nach einem mög-
lichst unverfälschten Prüfungsergebnis treten die
beiden Forderungen nicht selten in einen gewissen
Gegensatz. Das Postulat eines ausdrücklich ge-
gebenen und mit einer vorbehaltlosen Aufklärung
des Patienten verbundenen freiwilligen Einver-
ständnisses macht eine reale, zu zuverlässigen
Ergebnissen führende Prüfung unmöglich. Ohne
zuverlässige Erprobung läßt sich aber keine
effiziente Schadenverhütung erreichen. Diese
Interessengegensätze können nur durch eine ver-
nünftige Güterabwägung ausgeglichen werden.

1. *Nil nocere salus aegrotorum suprema lex!*
Nicht schaden ist das oberste Gesetz jeder Thera-
pie; das gilt auch für die experimentelle Arznei-
mittelprüfung. Schaden kann dem Patienten nicht
nur durch unerwünschte Nebenwirkungen ent-
stehen; es wäre bereits ein schädigender Nachteil,
wenn ihm um der Prüfung eines neuen Mittels
willen, ein bewährtes Mittel vorenthalten würde.
Beide Aspekte verlangen Beachtung.

a) Man könnte sich zunächst auf den Grundsatz
einigen, daß dem Patienten in den Untersuchungs-
reihen nichts vorenthalten werden darf, was in
seiner Wirksamkeit bereits bewiesen ist. Das Pro-